



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

10. August 2020

Afghanistan

COVID-19-Pandemie

Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass der Höhepunkt der Pandemie noch nicht erreicht ist. In den nächsten vier Wochen wird mit einer weiteren Zunahme der Ansteckungen einschließlich schwerer Fälle und Todesfälle gerechnet, wenn die derzeitigen Präventivmaßnahmen beibehalten werden. Sollten diese gelockert werden, sei mit einem signifikanten Anstieg der schweren Fälle (möglicherweise bis zum 5-fachen der gegenwärtigen Zahl) zu rechnen. Am stärksten betroffen ist nach wie vor Kabul, gefolgt von Herat, Balkh, Nangarhar und Kandahar (Stand: 05.08.20).

Loya Jirga zu Friedensverhandlungen mit Taliban; Freilassung von Gefangenen

Am 07.08.20 trat in Kabul die bisher vierte Loya Jirga (Große Ratsversammlung) zusammen, bestehend aus über 3.000 politischen und religiösen Vertretern der afghanischen Gesellschaft, darunter mindestens 700 Frauen. Gegenstand der Beratung war die Gestaltung der Friedensverhandlungen mit den Taliban, darunter auch die Frage der Freilassung von ca. 400 von den Taliban benannten inhaftierten Personen, denen die Regierung aber schwere Verbrechen vorwirft. Auf der Liste der freizulassenden Gefangenen steht beispielsweise Anas Haqqani, Bruder des Chefs des Haqqani-Netzwerkes und einer der wichtigsten Finanzbeschaffer der Organisation, sowie ein Mann, der den Anschlag im Mai 2017 in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul organisiert haben soll. In der Abschlussveranstaltung einigten sich die Delegierten darauf, die Freilassung dieser Gefangenen zu empfehlen und somit eine Hauptforderung der Taliban zu erfüllen. Der Beschluss stieß bei einigen Parlamentariern aber auch bei Juristen, die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit haben, auf Widerspruch. Die Taliban erklärten, innerhalb einer Woche nach der Freilassung zu Gesprächen bereit zu sein.

Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer

Nach Informationen der New York Times seien im August (Stand: 06.08.20) mindestens 42 Pro-Regierungskräfte und 41 Zivilisten getötet worden. Während des dreitägigen Waffenstillstands zum islamischen Opferfest vom 31.07.20 bis 02.08.20 gab es, laut afghanischem Innenministerium, 38 Angriffe der Taliban, bei denen 20 Zivilisten getötet und 40 verletzt worden waren.

Am 09.08.20 starben mindestens zehn Zivilisten bei zwei Bombenanschlägen im Distrikt Arghistan der Provinz Kandahar. Ebenfalls am 09.08.20 wurden bei einem Anschlag im 5. Polizeidistrikt von Kabul (Company Bazaar) zwei Zivilisten getötet und fünf Sicherheitskräfte verletzt.

Am 10.08.20 wurden bei einer Explosion im 9. Polizeidistrikt von Kabul (Makroryan) mindestens zwei Menschen verletzt. Keine Gruppe erklärte sich bisher für die erwähnten Anschläge verantwortlich.

Bolivien

Generalstreik wegen Verschiebung der Präsidentschaftswahlen

Wegen der erneuten Verschiebung der Präsidentschaftswahlen haben der Gewerkschaftsdachverband (Central Obrera Boliviana, COB) und der Pacto Unidad, ein Zusammenschluss indigener und kleinbäuerlicher Organisationen, zu einem landesweiten Generalstreik aufgefordert. Sie werfen der Übergangsregierung unter Jeanine Áñez vor, die Pandemie zu nutzen, um sich länger an der Macht zu halten. Mehrere Hauptverbindungsrouen des Landes sind seit dem 03.08.20 blockiert. Die UN forderten, den Transport humanitärer Hilfe zuzulassen und riefen die politischen Lager zum Dialog auf.

Das Oberste Wahlgericht (Tribunal Supremo Electoral, TSE) hatte den Urnengang wegen der hohen Corona-Infektionszahlen und dem mangelnden Schutz der Bevölkerung vom 06.09.20 auf den 18.10.20 verschoben (vgl. BN v. 27.07.20).

Bosnien und Herzegowina

Imam postet homophobe Äußerungen

Nach Absage der für Ende August 2020 geplanten zweiten Pride-Parade in Sarajevo durch die Organisatoren habe der Imam der Ferhadija-Moschee in Sarajevo, Muhamed ef. Velic, laut aktuellen Medienberichten am 06.08.20 auf Facebook gepostet, „in jedem Unglück und in jeder Tragödie stecke ein Körnchen Glück, Güte und Schönheit“. In dem Post, der von 73.000 Menschen aufgerufen und in 35 Kommentaren bejaht worden sei, bitte der Imam Allah darum, „dass Corona und die Schwulenparade nie wieder in unsere Stadt und unseren Staat zurückkehren“. Ein Sprecher der offiziellen Islamischen Gemeinschaft (IZ BiH), der größten Religionsgemeinschaft in Bosnien, habe laut Medienberichten einen Kommentar zu dem Post abgelehnt und stattdessen auf den Vorgesetzten des Imams verwiesen. Der Sprecher habe dem hinzugefügt, die Position der Gemeinschaft sei, dass Homosexualität gegen den islamischen Glauben und die islamische Lehre verstoße, dass die Gläubigen aber auch jegliche Gewalt gegen solche Sünder unterlassen sollten. Während die Glaubensgemeinschaft es abgelehnt habe, sich in den Streit einzumischen, hätten verschiedene bekannte Persönlichkeiten in Bosnien, wie u.a. der Rechtsanwalt und ehemalige Journalist Senad Pecanin, den Post vorbehaltlos verurteilt.

Brasilien/ Kolumbien/ Peru

Mehr Unterstützung für indigene Völker gefordert

In einer gemeinsamen Erklärung haben die lokalen Vertretungen der UN in Brasilien, Kolumbien und Peru dringend zur internationalen Solidarität mit den indigenen Gemeinden im Amazonasgebiets aufgerufen. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie fordern sie bessere Schutzkonzepte und mehr finanzielle Unterstützung. Bei indigenen Völkern in Staaten, die Anteil am Amazonasgebiet haben, liegen Infektions- und Sterberaten weit über dem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Sich auf offizielle Angaben stützende Medienberichte zufolge haben sich von den schätzungsweise 170.000 isoliert lebenden Indigenen in der Region bis Ende Juli 2020 rund 28.000 Personen mit SARS-CoV-2 infiziert. Über 1.100 Personen seien an den Folgen der Virusinfektion verstorben. Neben den gesundheitlichen Risiken bringe die Krankheit auch harte sozioökonomische Konsequenzen mit sich. So sei u.a. die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet und eine Vertiefung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu befürchten.

Burkina Faso

Tote bei Angriff auf Dorf im Osten des Landes

Laut Angaben des Gouverneurs der Region Est griff am 07.08.20 eine Gruppe Bewaffneter den Viehmarkt in dem Dorf Namoungou (Gebiet Fada N'Gourma) an. Hierbei sollen die Angreifer nach vorläufigen Zählungen 20 Personen getötet und viele weitere verletzt haben. Zu dem Angriff hat sich bisher niemand bekannt. Dschihadistische Gruppen, die in Verbindung zur al-Qaida oder dem IS stehen haben im Verlauf des letzten Jahres Hunderte Personen in Burkina Faso getötet und über eine halbe Million vertrieben.

Côte d'Ivoire

Präsident Ouattara strebt dritte Amtszeit an

Präsident Alassane Ado Dramane Ouattara will bei der Präsidentschaftswahl am 31.10.20 für eine dritte Amtszeit kandidieren. Das gab er am 06.08.20, unmittelbar vor dem 60. Unabhängigkeitstag, in einer Fernsehansprache und über Twitter bekannt. Der 78-Jährige ist Kandidat der regierende Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix (RHDP).

In der ivoirischen Verfassung sind eigentlich nur zwei Amtszeiten vorgesehen. Allerdings gilt dies erst seit einer Verfassungsänderung im Jahr 2016. Mandate vor der Änderung werden - so die Interpretation der Regierung - dagegen nicht eingerechnet. Eigentlich sollte Ministerpräsident Amadou Gon Coulibaly für die RHDP antreten, er war jedoch Anfang Juli 2020 überraschend nach einem Herzinfarkt gestorben.

Die Opposition um Pascal Affi N'Guessan, Kandidat der Front Populaire Ivoirien (FPI), sieht in in der Kandidatur jedoch einen „krassen Widerspruch zum ivoirischen Grundgesetz“. Die FPI ist die Partei Laurent Gbagbos, Gegenkandidat Ouattaras bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010, bei der es zu Unruhen mit mehr als 3.000 Toten gekommen war. Ouattara wurde Präsident, gegen Gbagbo wurde vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Anklage erhoben; in erster Instanz erhielt er jedoch einen Freispruch.

Gambia

COVID-19-Pandemie: Schließung der Grenzen und des Luftraums

Präsident Adama Barrow hat am 06.08.20 den Ausnahmezustand erklärt und die Grenzen sowie den Luftraum seines Landes geschlossen. Ausgenommen sind Hilfsgüter. Zudem wurde, zunächst befristet bis zum 26.08.20, eine Ausgangssperre von 22 bis fünf Uhr verhängt. Begründet wurden die Maßnahmen mit der Zunahme von Coronavirus-Fällen. So sollen COVID-19-Fälle in Gambia innerhalb einer Woche um über 60 % gestiegen sein.

Iran

Sippenhaft: RoG fordert Einstellung politischer Verfolgung von Verwandten

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RoG) hat die Behörden aufgefordert, die politische Verfolgung der Familie des inhaftierten Journalisten Soheil Arabi einzustellen. Seit seiner Festnahme nehmen die Behörden auch immer wieder Familienmitglieder des Journalisten fest. Arabi selbst befindet sich in Iran seit 2013 wegen „Beleidigung des Obersten Führers“ und „Propaganda gegen den Staat“ in Haft, weil er sich in einem privaten Blog und auf sozialen Medien immer wieder kritisch über die Regierung geäußert hatte.

„Halal“-Internet geplant

Laut Meldung der iranischen Funkaufsichtsbehörde von Ende Juni 2020 haben 94 % der Iraner Zugang zum Internet. Demnach seien 69 Mio. mobile Internetanschlüsse und neun Mio. Hausanschlüsse aktiv. Gegenüber dem Vorjahr habe sich die Zahl der mobilen Anschlüsse kaum geändert, hieß es weiter. Die Zahl der DSL-Anschlüsse sei leicht gestiegen. Iran arbeitet seit Jahren an einem eigenen „Halal“-Internet, das religiös „rein“ sein soll. Auch eigene Suchmaschinen und Messenger-Dienste werden programmiert. In diesem Netz würden regimekritische Inhalte, Gegenstimmen und unabhängige Meldungen keinen Platz finden, so die Befürchtung von Kritikern.

Heavy-Metal-Bandmitglieder verhaftet

In Iran ist erneut eine Heavy-Metal-Band ins Visier der religiös-konservativen Regierung geraten. Medienberichten zufolge wurden die Mitglieder der Band „Arsames“ im Juli 2020 verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, sie spielten in einer satanistischen Metal-Band und seien gegen die islamische Regierung. Den Bandmitgliedern könne bis zu 15 Jahre Haft drohen. Sie haben nach ihrer Verhaftung eine Kautions hinterlegt und durften das Gefängnis vorerst wieder verlassen. Bereits 2016 haben die Pasdaran die Band „Confess“ festgenommen. Deren Mitglieder halten sich derzeit in Norwegen auf, wo sie Asyl erhielten. Ein Gericht verurteilte die Mitglieder von „Confess“ letztes Jahr zu 14 Jahren Haft; der Frontmann Nikan Siyanor Khosravi wurde überdies zu 74 Peitschenhieben verurteilt.

Jemen

Zivilisten bei Luftangriff getötet

Mindestens neun Kinder wurden nach Angaben der UN bei Luftangriffen der saudi-arabisch geführten Koalition am 06.08.20 getötet. Weitere sieben Kinder und zwei Frauen wurden verletzt. Die Houthi-Rebellen gaben jedoch an, dass mehr als 20 Menschen getötet wurden. Die Opfer befanden sich auf einer Straße im Gebiet Haraad, Distrikt Khabb wa ash Sha'af, Gouvernement al-Jawf, als der Luftangriff stattfand.

Überschwemmung führt zu hunderten Toten

Die Houthi-Rebellen gaben am 09.08.20 an, dass seit Mitte Juli 2020 mehr als 130 Menschen bei Überschwemmungen in den von ihnen kontrollierten nördlichen Teilen Jemens ums Leben gekommen sind. 124 Menschen wurden verletzt und mehr als 260 Häuser schwer beschädigt.

Im Juli 2020 gab das Rote Kreuz bekannt, dass mindestens 33.000 Binnenvertriebene bei Überschwemmungen im südlichen Jemen ihre Häuser (Zelte) verloren haben.

Krankheiten wie Cholera, Dengue-Fieber und Malaria breiten sich aufgrund der Überschwemmungen verstärkt aus.

Journalisten bedroht

Die UN berichtete am 06.08.20, dass Journalisten von allen Kriegsparteien im Jemen angegriffen werden. Seit April 2020 hat die UN ein Attentat, eine Entführung, drei Fälle von willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen, vier Todesurteile und sechs Gefängnisstrafen unter Missachtung der internationalen Menschenrechte sowie drei physische Übergriffe und Drohungen mit physischer Gewalt dokumentiert. Inhaftierte Journalisten seien in Haft gefoltert worden.

Kirgisistan/ Tadschikistan

Tödlicher Schusswechsel im Grenzgebiet

Bei einem Schusswechsel über die kirgisisch-tadschikische Grenze hinweg kam am 06.08.20 ein tadschikischer Dorfbewohner ums Leben. Vertreter beider Staaten berichteten, dass zudem ein kirgisischer Grenzbeamter bei dem Schusswechsel verwundet wurde. Seit Jahren kommt es wiederholt zu Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet beider Staaten. Im Mai 2020 wurden mehrere Personen bei grenzüberschreitenden Zusammenstößen verwundet.

Libanon

Explosion in Beirut

Am 04.08.20 kam es im Hafen von Beirut zu einer Explosion, deren Sprengkraft auf etwa ein Zehntel der Hiroshima-Bombe geschätzt wird und die einen 43 Meter tiefen und 120 Meter weiten Krater riss. Die Explosion zerstörte noch in 20 km Entfernung Glasscheiben und war nachweislich in 50 km Entfernung in Israel sowie in 240 km Entfernung in Zypern zu hören. Derzeit laufen noch Ermittlungen, aber wahrscheinlich wurde die zweiphasige Explosion in einem Lager für Feuerwerkskörper ausgelöst und zündete anschließend eine in der Nähe lagernde weitgehend ungesicherte größere Menge an Ammoniumnitrat. Aktuell sind die Schäden nur schwer zu beziffern. Mindestens 158 Menschen starben bisher, über 6000 wurden verletzt, nach wie vor sind einige Personen vermisst.

Die wirtschaftlichen Schäden wurden in ersten Schätzungen mit etwa drei Milliarden US-Dollar an materiellen Schäden angegeben, doch die Auswirkungen auf die libanesische Ökonomie und Gesellschaft dürften deutlich höher sein.

In Beirut war der einzige vollständig funktionsfähige Hafen des Libanon. Die Explosion zerstörte u.a. die Getreidesilos des Hafens, die für die Verteilung eine erhebliche Rolle spielten. Sie hatten eine nominale Kapazität von 120.000 Tonnen Getreide; 15.000 Tonnen waren dort gelagert und müssen als verloren betrachtet werden. Der Verlust von Weizenlieferungen wiegt schwer, da Weizenmehl zu einem stark subventionierten Preis verkauft wird und die wichtigste Form eines Sozialtransfers darstellt, der wesentlich für das Überleben der ärmeren Hälfte der Bevölkerung ist. Schon vor der Explosion schätzte die Weltbank, dass mehr als die Hälfte der Libanesen in diesem

Jahr an oder unter der Armutsgrenze leben würden, wobei damit das Existenzminimum und nicht relative Armut gemeint sind.

Im Libanon leben insgesamt etwa sechs bis sieben Millionen Menschen. Nach verschiedenen Schätzungen sind seit der Explosion zwischen 250.000 und 300.000 Menschen obdachlos. Seither kommt es täglich zu Protesten und Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften mit zahlreichen Verletzten und ersten Toten.

Libyen

COVID-19-Pandemie

Aufgrund der in den vergangenen Wochen stark angestiegenen Zahl von Corona-Infektionen hat die Regierung der nationalen Einheit (GNA) in den von ihr kontrollierten Gebieten die nächtlichen Ausgangssperren (von 21 Uhr bis 6 Uhr) verlängert. Des Weiteren wurden Schulen und Moscheen geschlossen sowie Massenveranstaltungen und -versammlungen verboten. Dem National Center for Disease Control zufolge sind Tripolis, Misrata sowie Sabha besonders stark von Corona-Ausbrüchen betroffen. Aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen und eingeschränkten Bewegungsfreiheit wird es für internationale Hilfsorganisationen immer schwieriger, humanitäre Unterstützung zu leisten.

Marokko

COVID-19-Pandemie

Das Gesundheitsministerium hat alle Beschäftigten des Gesundheitswesens aus dem Urlaub zurückgerufen. Die Zahl der Neuinfektionen war zuletzt stark angestiegen, vor allem die Zahl der Patienten, die einer stationären Behandlung bedürfen. Ein vom Militär in Casablanca errichtetes Feldkrankenhaus, das leichte bis mittelschwere Erkrankungen behandelt, soll zu über 70 % ausgelastet sein. In den Krankenhäusern sollen bei den intensivmedizinischen Kapazitäten noch Reserven bestehen.

Niger

Tote bei Angriff im Westen des Landes

Am späten Vormittag des 09.08.20 töteten laut Angaben des Gouverneurs Ibrahim Katiela Bewaffnete auf Motorrädern acht Personen, die sechs Kilometer östlich der Stadt Kouré in der Region Tillabéri im Westen des Landes in einem Auto touristisch in einem Giraffen-Reservat unterwegs waren. Bei den Getöteten handelt es sich um sechs französische Staatsangehörige, die Mitarbeiter der französischen humanitären Hilfsorganisation Agency For Technical Cooperation And Development (ACTED) waren, sowie jeweils einen nigrischen Fahrer und Reiseführer. Zu dem Anschlag hat sich bisher niemand bekannt. Die Region Tillabéri gilt als Rückzugsgebiet mehrerer in der Sahel-Zone aktiver dschihadistischer Gruppen wie dem Islamic State in the Greater Sahara (ISGS).

Pakistan

Druck auf Medien wächst

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen hat seit dem Wahlsieg von Premier Imran Khan im Jahr 2018 der Druck auf Medien und Journalisten zugenommen. Als Beispiele werden nicht nur Selbstzensur wegen Bedrohung und Einschüchterung genannt, sondern es werden auch Hetzkampagnen gegen kritische Journalisten gestartet oder Medienhäusern das Einstellen von Werbeplatzierungen angedroht. Auch wurde der Vertrieb von Zeitungen unterbrochen oder das Signal von TV-Sendern gestört, die Oppositionspolitikern Sendezeit gewährten. Vier Journalisten und ein Blogger seien laut Reporter ohne Grenzen wegen ihrer Berichterstattung im Jahr 2019 getötet worden. Die gefährlichsten Provinzen für Medienschaffende seien Khyber-Pakhtunkhwa und Balochistan.

Am 23.07.20 wurde ein Reporter, der über Korruption berichtete, in Barkhan in der Provinz Balochistan erschossen. Am 20.06.20 sind zwei Fernsehjournalisten in der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa mutmaßlich von Sicherheitskräften

gefoltert worden. Am 23.04.20 wurde der Leichnam des Chefredakteurs der Balochistan Times in einem Fluss bei Uppsala in Schweden gefunden, wo er seit März als verschwunden galt (vgl. BN v. 06.04.20).

Karachi: Anschlag auf Kundgebung

Am 05.08.20 wurde in der Metropole Karachi ein Anschlag auf einen von der religiösen Partei Jamaat-i-Islami anlässlich des ersten Jahrestages seit Aufhebung des Sonderstatus von Jammu und Kaschmir in Indien organisierten Solidaritätsmarsch verübt, bei dem Dutzende Menschen verletzt wurden. Zum Anschlag bekannte sich die in der Provinz Sindh aktive Separatistenbewegung Sindhudesh Revolutionary Army.

Russische Föderation

Gefängnisstrafen für oppositionelle Aktivisten

Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilte am 06.08.20 drei Mitglieder der oppositionellen Gruppe Neue Größe zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und sieben Jahren. Vier weitere Mitglieder erhielten Gefängnisstrafen zwischen vier und sechseinhalb Jahren, die auf Bewährung ausgesetzt wurden. Das Gericht befand die Angeklagten für schuldig, eine Gruppe zur Begehung extremistischer Verbrechen organisiert zu haben. Die Angeklagten waren 2018 unter dem Vorwurf, sich zu einem politischen Umsturz verschworen zu haben, verhaftet worden. Die Menschenrechtsorganisation Memorial bezeichnete die Verurteilten als politische Gefangene.

Serbien

Belgrad: Filmmaterial zeigt Polizeigewalt bei Demonstrationen

Laut aktuellen Medienberichten vom 10.08.20 sei es in der vergangenen Woche bei Demonstrationen zu zahlreichen Vorfällen von Polizeigewalt gekommen. Auch Journalisten und Frauen seien betroffen gewesen. Das von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen betriebene Mediennetzwerk Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) berichtet, es habe durch Fernsehaufnahmen und Beiträge in den sozialen Medien mehr als 26 Fälle von Polizeibrutalität auf den Straßen Belgrads während der Zusammenstöße mit Demonstranten dokumentieren können, darunter auch Vorfälle gegen Personen, von denen keine offensichtliche Bedrohung ausgegangen sei. Das von BIRN überprüfte Material zeige, dass sich die meisten Vorfälle von Polizeigewalt weit entfernt vom Eingang des Parlaments ereignet hätten, als die Polizei fliehende Demonstranten verfolgte, die versucht hatten, die Versammlung zu stürmen. Die Filmaufnahmen würden belegen, dass Polizisten auch auf fliehende unbeteiligte Personen einschlugen.

Sri Lanka

Wahlen

Nach offiziellen Angaben vom 07.08.20 erhielt die Podujana-Party (SLPP) von Premierminister Mahinda Rajapaksa bei den Parlamentswahlen vom 05.08.20 145 der 225 Parlamentssitze. Gotabaya Rajapaksa, sein Bruder, hatte im November 2019 die Präsidentschaftswahl gewonnen. Mahinda und Gotabaya Rajapaksa genießen bei der singhalesischen Mehrheit Sri Lankas große Sympathien, weil sie 2009 maßgeblich an der Militäroffensive gegen die Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) mitgewirkt hatten, die zur Beendigung des Bürgerkriegs beigetragen hatte. Infolge der COVID-19-Pandemie war die Parlamentswahl zweimal verschoben worden. Offiziellen Angaben zufolge blieb Sri Lanka weitgehend von der Pandemie verschont.

Simbabwe

Verhaftung einer Vielzahl Oppositioneller

Seitdem die Opposition im Juli 2020 zu Demonstrationen für den 31.07.20 gegen staatliche Korruption sowie die Wirtschafts- und Gesundheitspolitik aufgerufen hatte, ist es in Simbabwe zu einer Verhaftungswelle gekommen, die sich nach der weitgehenden Vereitelung der geplanten Demonstrationen durch die Sicherheitskräfte (vgl. BN v.

03.08.20) fortgesetzt hat. Am 04.08.20 warnte Staatspräsident Emmerson Mnangagwa: „Die faulen Äpfel, die versucht haben, unser Volk zu spalten und unser System zu schwächen, werden aussortiert“. Laut Angaben der Organisation Simbabweische Anwälte für Menschenrechte sollen bisher über 60 Personen verhaftet worden sein. Simbawes größte Oppositionspartei Movement for Democratic Change Alliance (MDC Alliance) berichtete, dass Dutzende ihrer Funktionäre verhaftet worden seien oder sich verstecken würden.

Somalia

Explosionen in Mogadischu

Am 08.08.20 führte eine Autobombenexplosion auf einer Militärbasis in Mogadischu zu mindestens acht toten Soldaten und 14 Verwundeten. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für den Anschlag.

Am 03.08.20 wurden zwei Wachmänner eines Restaurants getötet, als sich ein Selbstmordattentäter in die Luft sprengte. Mehrere Gäste wurden verletzt. Bisher hat noch keine Gruppe die Verantwortung für den Anschlag übernommen.

Syrien

Luftangriffe in Latakia

Mehreren oppositionsnahen Medien zufolge sollen am 03.08.20 mehrere russische Kampfflugzeuge Angriffe auf Rebellen im Gebirgszug Jabal al-Akrad geflogen haben. Auf dem Boden soll es zu Zusammenstößen zwischen Rebellenkämpfern und der syrischen Armee gekommen sein. Weder russische, noch syrische Medien berichteten über die Vorfälle.

COVID-19-Pandemie

Die Zahl bestätigter COVID-19-Fälle in den Gebieten unter Regierungskontrolle liegt offiziell bei 1.188 (Stand: 09.08.20). Die meisten davon wurden im Juli 2020 registriert. Gerüchte über nicht dokumentierte Fälle und sich häufende Todesfälle bei Atemwegserkrankungen, die aber nicht auf eine Virusinfektion getestet worden waren, haben zuletzt zugenommen.

In Gebieten außerhalb der Kontrolle Damaskus‘ lagen die Infektionszahlen bei je 36 in der Region um Idlib und sechs in den kurdisch geführten Gebieten im Nordosten (Stand: 03.08.20). Die kurdisch geführte SDF-Verwaltung hat seit dem 13.07.20 zum wiederholten Male alle Grenzübergänge in andere Landesteile geschlossen um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern.

Togo

Hackerangriff auf Regierungskritiker

Nach Zeitungsberichten von Anfang August 2020 wurden bereits 2019 sechs togoische Regierungskritiker darüber informiert, dass sie Ziel von Lauschangriffen durch Unbekannte geworden waren. Ihre Smartphones wurden demnach mit einer Spyware namens Pegasus angegriffen. Staaten verwenden die von dem israelischen Unternehmen NSO Group entwickelte Software, um Terrorismus und schwere Kriminalität zu bekämpfen. In Togo wurde sie gegen katholische Geistliche, Aktivisten der Zivilgesellschaft und Oppositionspolitiker eingesetzt. Betroffen waren u.a. der Präsident der Bischofskonferenz Togos, Benoît Alowonou sowie der Oppositionspolitiker und frühere Minister Elliot Ohin.

Tschad

Zivilisten bei einem Angriff von Boko Haram getötet

Am 31.07.20 haben Kämpfer der Boko Haram bei einem Angriff auf das Dorf Tenana in der Tschadsee-Region mindestens zehn Menschen getötet, darunter zwei Frauen. Sieben weitere seien entführt worden, hieß es seitens der Armee. Die Boko Haram habe das Dorf geplündert und niedergebrannt.

Der Tschadsee nahe der Grenze zwischen Niger, Nigeria und Kamerun ist immer wieder Ziel der Boko Haram. Sie soll auch für einen Angriff auf ein Armeefahrzeug Anfang Juli 2020 verantwortlich sein, bei dem acht tschadische Soldaten getötet wurden.

Türkei

Proteste gegen frauenfeindliche Gewalt

In mehreren türkischen Städten demonstrierten vergangene Woche Frauen gegen frauenfeindliche Gewalt. Die Demonstrantinnen hielten Schilder mit den Namen getöteter Frauen hoch oder trugen Oberteile mit den Namen der Opfer. In Izmir wurden nach Medienberichten mehrere Demonstrantinnen festgenommen. Die Frauen protestierten insbesondere auch gegen die Erwägungen der Regierung aus der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auszutreten. Das Abkommen wurde 2011 vom Europarat ausgearbeitet und soll einen europaweiten Rechtsrahmen schaffen, um Frauen vor Gewalt zu schützen.

COVID-19-Pandemie

Da die Zahl der Neuinfektionen in der Türkei zuletzt wieder über die Marke von 1000 pro Tag gestiegen ist, beabsichtigt das Innenministerium die Maßnahmen gegen das Coronavirus wieder zu verschärfen. So sollen keine Verstöße gegen das obligatorische Tragen von Masken und Wahren von Abstand akzeptiert werden, beispielsweise bei Hochzeiten und Beschneidungszeremonien. Versammlungen nach Beerdigungen würden eingeschränkt und die Kontaktverfolgung von Beamten unterstützt.

Die deutsche Bundesregierung hat zum 04.08.20 die Reisewarnung für die Türkei teilweise aufgehoben. Die Warnung gilt damit nicht mehr für die vier türkischen Küstenprovinzen Antalya, Izmir, Aydin und Mugla. Allerdings müssen sich alle Türkei-Reisenden innerhalb von 48 Stunden vor ihrer Rückkehr dort auf eigene Kosten auf eine mögliche Corona-Infektion hin testen lassen und weitere Sicherheitsauflagen einhalten. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass in den genannten Provinzen mit etwa fünf Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in sieben Tagen die Ansteckungsgefahr relativ gering sei, zudem habe die Türkei ein spezielles Tourismus- und Hygienekonzept entwickelt.

Weißrussland

Staatsmedien verkündeten Sieg Lukaschenkos bei Präsidentschaftswahl

Die weißrussischen Staatsmedien berichteten unter Bezug auf offizielle Zwischenergebnisse, dass sich Amtsinhaber Alexander Lukaschenko bei der am 09.08.20 beendeten Präsidentschaftswahl mit 80 % der Stimmen vor der Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja durchgesetzt habe, auf die 9,9 % der Stimmen entfallen seien. In Minsk und anderen Städten versammelten sich bis in den Morgen des 10.08.20 zahlreiche Menschen zu Protesten gegen den Amtsinhaber und mutmaßliche Wahlfälschungen. Dabei kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Protestierenden. Tichanowskaja erklärte, eine Wahlniederlage nicht anerkennen zu wollen. Zehntausende Menschen hatten ihre Wahlkampfkundgebungen besucht.